

DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

November 11/1999

Geheimes Gedenken?

Vor einem interessierten Kreis ehemaliger Betroffener, Angehöriger, Geladener, Informierter fand am 28. September die offizielle Übergabe eines Zellentraktes der ehemaligen Ostertorwache an die Öffentlichkeit statt, Einlösung eines Versprechens seitens des Senats. Dieser bescheidene Trakt aus fünf Zellen spiegelt die gesamte Geschichte der Ostertorwache von ihrer Entstehung bis zur Abschiebung von Asylsuchenden wider. Nicht zu überhören waren die kritischen Fragen derer, die sich über Jahre um eine menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden bemühen: Warum sollte kein Zeitzeuge berichten von seinem Erleben an diesem Ort? Warum wird dieser letzte, beschämende Teil der Geschichte dieser Zellen auch in der Feierstunde übergangen? Warum werden die an eine Klinik oder an Duschräume erinnernden Glasbausteine eine beherrschende Rolle auch in der Ausgestaltung des neuen Abschiebeknasts spielen?

Deutlich hervorgehoben wurde seitens der Leiterin der Wagenfeld-Stiftung das Ambiente und die Bedeutung der Stiftung. In den Ansprachen von Senator Dr. Bernt Schulte und Staatsarchiv-Direktor Dr. Hartmut Müller wurde deutlich, daß eine zentrale Gedenkstätte bewußt vermieden werden sollte. Als Zugeständnis scheint der Zellentrakt gedacht zu sein, war doch die Einrichtung einer Gedenkstätte zur Erinnerung an Widerstand und Verfolgung abgelehnt worden. Die Dokumentationsstätte, betonte jedoch Senator Schulte, macht das Erinnern erforderlich Sie soll deutlich machen, daß "so etwas" nie wieder passieren dürfe. In den Zellen wird ein Querschnitt durch das Leben der Gefangenen dargestellt, Isolation, Überfüllung, Ungewißheit des weiteren Schicksals, Willkür. Zum anderen wird die Geschichte sehr unterschiedlicher Inhaftierter über die gesamten 170 Jahre vermittelt. Die Vergitterung aus Moniereisen vor den neun Infotafeln mit ihren bildlichen Darstellungen vermittelt dem Betrachter einen Eindruck von der Isolation der hier Inhaftierten, mehr noch die Dunkelzelle. Zugänglich für die Öffentlichkeit ist dieser Trakt aber nur nach Absprache mit dem Staatsarchiv, bzw. einmal monatlich Samstags vormittags.

Raimund



In der Zeit vom 15. bis 21. November zeigt die ÖTV-Betriebsgruppe die Ausstellung "Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland". Sie ist während der Besuchszeiten vor der Kantine im Zentralkrankenhaus Ost zu sehen. Eine Führung durch die Ausstellung findet am Dienstag, 16.11.1999, um 13:00 Uhr statt. Weitere Termine können vereinbart werden.

Mahnwache

Eine Mahnwache zur Erinnerung an die Opfer von Faschismus und Krieg findet am Dienstag, 9. November um 17.30 Uhr am Rosenak-Haus, dem ehemaligen jüdischen Altersheim an der Gröpelinger Heerstraße 167 statt. Am 9.11.1938 drang SA in das in den 20er Jahren von der israelitischen Gemeinde erworbene Altersheim ein, trieb die 30 alten Menschen auf die Straße, warf die Fensterscheiben ein und zerschlug das Inventar. Die Männer mußten am folgenden Tag den Weg ins Zuchthaus Oslebshausen und von dort ins KZ Sachsenhausen antreten. In den folgenden Jahren wurden im Rosenak-Haus 130 Menschen, vor allem aus Ostfriesland, zusammengepfercht und am 23.6.1942 nach Theresienstadt verschleppt, unter ihnen Carl Katz, der Bremer Leiter der "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland".

Raimund

Landesmitgliederkonferenz der VVN-BdA Bremen e.V.

am Samstag, 06. November 1999 in der Begegnungsstätte Haferkamp

Beginn: 15.00 Uhr, Mitgliedsbücher bitte mitbringen

Tagesordnung:

01. Eröffnung, Begrüßung, Ehrung der Verstorbenen, Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung

02. Beschlußfähigkeit, Abstimmung über Tagesordnung, Wahl- und Geschäftsordnung

03. Bericht des Landesvorstandes, Kassierer- und Revisionsbericht

04. Politische Fragestellungen heute (ein Jahr Rot-Grün, Wahlen)

05. Aussprache, Grüße, Entlastung

06. Wahl der/des Vorsitzenden, stellv. Vors., Kassierers, Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes

07. Wahl der Revisorinnen

08. Anträge, Beschlußfassung

09. Schlußwort

i.A. der Landesvorstand

Eine Nachlese zum Krieg gegen Jugoslawien

Vertreibung, Mord, Totschlag, Vergewaltigung und Brandschatzung im Kosovo durch die Serben könne so nicht weiter hingenommen, werden, wurde von der NATO und der Bundesregierung erklärt. Nur durch ein militärisches Eingreifen könne die Eskalation der Gewalt verhindert werden. Nur noch durch militärische Gewalt konnten die Menschenrechte wieder hergestellt werden und sei es unter Bruch des Völkerrechts (UNO), Bruch mit der eigenen Verfassung der BRD und auch der NATO, aber auch Bruch mit dem 2+4-Vertrag.

Über den völkerrechtswidrigen Vertragsbruch wird heute schon nicht mehr gesprochen, und es scheint als sei alles in die Normalität zurückgekehrt. Die sich daraus ergebenden Folgen für die Zukunft und die internationale Rechtssicherheit werden nicht debattiert. Vertragstreue und Vertragsgebundenheit werden zu Manipulationsobjekte.

Die Waffen schweigen im Kosovo und doch geht das Schießen weiter. Ist der Krieg zuende? Hat das Morden, die Vertreibung, die Vergewaltigung, das Brandschatzen im Kosovo aufgehört? Mitnichten. Unter den Augen der KFOR und auch der Bundeswehr sind weiter Vertreibung, Mord, Totschlag, Vergewaltigung und Brandschatzung an der Tagesordnung.

So stellte die UNHCR fest, daß es kaum noch Serben im Kosovo gibt. 195.000 Serben sind geflohen oder vertrieben, nur noch 30.000 sind bis jetzt noch im Kosovo (WK 25.08.1999). Und so lesen wir im WK am 08.09.1999 - nicht auf der ersten Seite, sondern als kleine Meldung - "Kosovo-Albaner haben nach Kriegsende offenbar mit brutalsten Mitteln etwa 90.000 Angehörige der Roma und Aschkali-Minderheit aus dem Kosovo vertrieben oder in Lager gesteckt. Bis zu zwei Drittel der Häuser der Minderheiten seien geplündert, verbrannt oder auf andere Weise zerstört worden".

Und weiter: "Bei den Vertreibungen hätten die Kosovo-Albaner auch vor Morden und Vergewaltigung nicht zurückgeschreckt. An der Spitze der Gewalttaten stehe die kosovo-albanische UÇK-Miliz, die seit Kriegsende eine Politik der ‚ethnischen Säuberungen' betreibe".

Kein Wort ist zu hören von Politikern des Bundestages oder auch der NATO, die sich vorher so lauthals über Menschenrechte vor Parlamenten und Bildschirmen geäußert haben. Ja es war sogar das Wort von einem zweiten Hitler bei Milosevic gefallen und auch Auschwitz wurde zitiert. Was aber wollen wir zu Politikern sagen, die heute so schweigsam sind zu den Vorfällen im jetzigen Kosovo? In einem Abkommen, welches mit Hilfe Rußlands und der UNO die Waffen der NATO zum Schweigen brachte und zur Besetzung des Kosovo führte, wurde ausdrücklich dokumentiert, daß das Kosovo weiter ein integraler Bestandteil Jugoslawiens ist. Nach diesem Abkommen sollte auch die UÇK entwaffnet werden. Die UÇK wurde nicht entwaffnet, und der Vertrag wurde bewußt unterlaufen. Die KFOR schaute weg.

Vertragsbruch ist wohl nur noch ein Kavaliersdelikt. Und dann lesen wir: "Derweil verschärft sich im Kosovo die Lage nach einer Phase der Beruhigung wieder. Anschläge werden mit schweren Waffen wie Panzerfäusten oder Sprengsätzen verübt. Ziele sind sowohl Serben als auch Albaner" (Weser-Kurier 07.09.1999).

Wen wundert es bei all diesen Grausamkeiten und Menschenrechtsverletzungen, die sich heute noch im Kosovo abspielen, wenn die KFOR-Führung sich mit der UÇK auf die Bildung eines Kosovo-Korps mit 3.000 Mann unter Waffen einigt (Weser-Kurier 07.09.1999). "Mit den ursprünglichen Vorgaben der KFOR haben die jetzigen Pläne kaum noch etwas gemein. Eine Transformation der UÇK in eine militärische Organisation sei nicht mit der Kosovo-Resolution des UN-Sicherheitsrates zu vereinbaren".

Und so läßt sich dann auch schon der Kommandeur der 162. Brigade der UÇK Gjabier Zharku vernehmen: "Wenn Kosovo unter serbischer Herrschaft bleibt, wird es wieder Krieg geben" (WK 25.08.1999). Verträge sind heute wohl nicht mehr das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind. So wird im Kosovo ein neues Finanzsystem festgelegt.

Die Deutsche Mark wurde de facto zur Hauptwährung erklärt. Damit wird währungspolitisch das Kosovo von Serbien getrennt. Aus deutscher Erfahrung kennen wir die weiteren Schritte, die dann kommen werden. Die Friedensbewegung hatte Recht und sie hat Recht, mit Krieg kann kein Frieden erzwungen werden. Menschenrechte mit Krieg erzwingen zu wollen hat nur noch mehr Menschenrechte zerschlagen. Jugoslawien sollte eine Lehre für die Zukunft sein.

Walter Federmann

Geschacher

Entgegen unserer Gepflogenheit, daß anderswo veröffentlichte Artikel nicht noch einmal im BAF erscheinen, möchten wir den folgenden Kommentar von Burkhard Ilschner, vom 03. Oktober im Kurier am Sonntag, bringen:

"Man kann lange darüber lamentieren, warum die Entschädigungen für ehemalige KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter erst mehr als 50 Jahre nach dem Ende der faschistischen Herrschaft über Deutschland zu einem breit diskutierten, ja entscheidungsreifen Thema werden. Daß die Unternehmen, die von der blutigen und grausamen Ausbeutung dieser Menschen profitiert haben, diese frage nicht beizeiten von selbst aufgeworfen haben, spricht moralisch nicht für diese Firmen. Die Summen, um die es geht, mögen wirtschaftlich gesehen beträchtlich sein - eine Rechtfertigung ist das nicht. Daß die Opfer ihre Forderungen nicht schon längst massiv vorgetragen haben, hat den Unternehmen aber dabei zweifellos geholfen.

Makaber und menschenunwürdig wird die Angelegenheit aber durch das Geschachere, das jetzt betrieben wird. Zum einen wirkt es angesichts der vielfach dokumentierten Leiden und Qualen der Opfer nur noch peinlich, wenn sich saturierte Vermittler beider Seiten über gerade mal vier- oder fünfstellige Beträge pro Person unterhalten, während Überlebende und auch Hinterbliebene zum Teil bis heute die Folgen gesundheitlich und wirtschaftlich nicht überstanden haben.

Zum anderen ist es unbeteiligten Beobachtern nicht zu erklären, warum einige Opfer - dank des Drucks von Lobbyorganisationen oder Regierungen - entschädigungswürdiger sein sollen als andere, die weniger oder gar nichts bekommen. Böse Zungen interpretierten das Geschachere bereits als Teil eines Wirtschaftskrieges unter humanitärem Mäntelchen: Mit jeder Milliarde, die großen deutschen Unternehmen auf diese Weise abgerungen wird, werde deren globale Handlungsfähigkeit ein Stück beschnitten.

Es ist peinlich für die Sache, daß solch ein Verdacht je hat aufkommen können; es ist beschämend für die Firmen, aber auch für die Unterhändler, daß sie trotzdem weiter pokern und feilschen, statt den Knoten schnell und großzügig zu zerschlagen.

Schließlich gilt es, schnell und unmißverständlich klar zu machen, daß die am Ende vereinbarten - oder auch irgendwann eingeklagten - Zahlungen von den Firmen und nicht vom Steuerzahler getragen werden. Das am Wochenende aufgekommene Gerücht, die Bundesregierung werde sich an den Zahlungen beteiligen, entspräche ja durchaus bisherigen Erfahrungen, wonach das "Staatssäckel" ein ergiebiges Euter auch für Verpflichtungen der Wirtschaft darstellt.

Das Berliner Dementi hierzu klingt noch sehr halbherzig, das muß viel entschiedener überkommen."

Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg

Auf dem Osterholzer Friedhof fand am 12. September eine ausdrucksvolle Gedenkfeier für die Opfer von Faschismus und Krieg statt. Für die rund 70 Anwesenden war es zugleich ein nachdrückliches Bekenntnis gegen den Krieg. In seiner Eröffnung wies Willy Hundertmark auf die Bedeutung der Anlage hin, auf die Gräber für KZ-Opfer, Soldaten und Marinesoldaten des 1. Weltkriegs.

Armin Stolle stellte auf eindringliche Weise die Wichtigkeit von Erinnerung und Gedenken für die Beantwortung der Zukunftsfragen heraus. Er zitierte aus einem Brief des Sohns des am 20. Juli 1944 in Plötzensee hingerichteten Obersten Eberhard Finkh an Minister Scharping ("Neues Deutschland", 22.7.99). Peter Finkh lehnt es ab, der Einladung zu einer Teilnahme an der Gelöbnisfeier der Bundeswehr in Plötzensee zu folgen. Armin Stolle: "Plötzensee (...) darf inzwischen dazu benutzt werden, dort eine Bundeswehrgelöbnisfeier zu geben, um damit die ‚Normalisierung' unserer Geschichte voranzubringen. Das ist eine Perversion. Es bedeutet die Umkehrung der Werte". Mehr noch: "Ein Unrechtssystem wird relativiert, um den Soldaten heute für den Kriegseinsatz ein ‚Rechtsbewußtsein' zu schaffen". Und: "Die durch die Wehrmacht verursachten Greueltaten des II. Weltkriegs (siehe Wehrmachtsausstellung) werden aufgehoben. Es gibt nur noch ‚ehrenvolle' Soldaten".
"Wo beginnen Abgrenzungen und Aussonderungen (Abschiebungen/Asylpolitik) und wann enden sie mit realen Toten? (...) wieder einmal steht die Justiz mehrheitlich auf der Seite der Herrschenden und verhindert vielerorts die Aufklärung solcher Verbrechen (...). Macht, Herrschaft, Nationalismus, Militär und Rassismus. Wenn diese Komponenten - gestützt von mächtigen wirtschaftlichen Interessen - zusammenwirken, sind die Konflikte nicht fern. Man geht eben über Leichen."

Für "Christinnen und Kommunistinnen für den Frieden" schloß sich Ingeborg Kramers Ansprache eng an den Appell Armin Stolles an. Der Schwur: 'nie wieder Krieg' fand 1945 große Zustimmung, so deutlich waren die Kriegszerstörungen. Leidenschaftlich schildert Ingeborg Kramer die Verdrängung dieser Mahnung 60 Jahre nach Entfesselung des zweiten Weltkriegs. "Die Zustimmung des Volkes für Einsätze der Bundeswehr ‚out of area' holte man sich Schritt für Schritt. Den Höhepunkt erreichte diese Kampagne, als der Kriegsminister Scharping mit jungen Soldaten - in Uniform - nach Auschwitz fuhr und den Rekruten sagte, nun wüßten sie, wofür sie kämpfen und ihr Leben riskieren müßten". Die Bundeswehr wurde zur Angriffsarmee. Noch Mitte der 80er Jahre hatte Petra Kelly ins Gästebuch der Gedenkstätte Kragujevac geschrieben, die Grünen würden sich dafür einsetzen, daß sich solche Wehrmachtsverbrechen wie Geiselmord nicht wiederholen.



Die Teilnehmerinnen der Gedenkveranstaltung auf dem Osterholzer Friedhof am 12. September.

Ingeborg Kramer zeigt die westlichen Interessen am Zugang zum Öl im Kaukasus und am Kaspischen Meer auf und vergleicht die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 und die neue NATO-Strategie vom April 99 mit den strategischen Überlegungen aus den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg. Aus der Veröffentlichung "Wehrmacht und Partei" von 1938 zitiert sie die Sätze: "Recht bekommt, wer sich im Daseinskampf durchzusetzen versteht. Es geht um Forderungen an Siedlungsland, an Rohstoffquellen und Absatzmöglichkeiten".
Als Sprecher der GesamtschülerInnenvertretung brachte Moritz Lange die Sorge vieler junger Leute zum Ausdruck, daß 1999 ein Jahr eines neuen Kriegsbeginns ist. "Denn dieses Jahr ist uns der Krieg und der Faschismus ein großes Stück näher gekommen. Seit dem 23.03. dieses Jahres leben wir wieder in einem Land, das Kriege anfängt". Er klagte die Politik der Verharmlosung des Faschismus an: "Während man so entschlossen und grausam versuchte, angebliche Faschisten im Ausland umzubringen, nahm man es mit den hiesigen nicht so genau. Tausende Erstwähler mußten in Bremen die rechtsradikale Propaganda der DVU ertragen, da das Wahlamt ihre Adressen herausgegeben hatte".

Moritz Lange verweist auf die seit langem betriebene Förderung auslandsdeutscher Verbände durch das Auswärtige Amt. Konsequentes Eintreten gegen Faschismus und Krieg, dazu verweist Moritz Lange auf die Demonstrationen gegen den geplanten Naziaufmarsch zum 1.Mai 99 in Bremen. Er sieht es als Zeichen, "daß auch in der jüngeren Generation der Wille besteht, den Rechten nicht die Straße zu überlassen". Auch gegen den Krieg haben 400 SchülerInnen mit der Besetzung der Wilhelm-Kaisen-Brücke für mehr als eine Stunde ein Zeichen setzen wollen.

"Um den Faschismus auf Dauer wirksam zu bekämpfen, muß man ein System schaffen, das nicht auf der Ausbeutung anderer Völker und der eigenen Bevölkerung basiert. Ein System bräuchte man, das keine Massenarbeitslosigkeit produziert, obwohl es genug zu tun gibt. Und nicht zuletzt bräuchte man ein System, das keine Profitinteressen am Krieg hat".

Raimund

"Wat mööt wi hier smachten..."

Hungertod und "Euthanasie in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen im "Dritten Reich" Vortrag und Diskussion **am Dienstag, den 23.11.1999, im Literatur-Café Ambiente, Osterdeich 69a, beim Bürgerhaus Weserterrassen, um 20:00 Uhr**

Der Wissenschaftshistoriker und Referent dieser Veranstaltung, Dr. Ingo Harms, ist Autor der Dissertation und des gleichnamige Buches "Wat mööt wi hier smachten". Seine Untersuchung der Vorgänge in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen während der NS-Zeit zeigen erschreckend deutlich, dass die dortigen TäterInnen sich nicht erst unter starken Druck an dem NS-Krankenmordprogramm beteiligten.

Die Einschätzung ihrer "PatientInnen als "erbbiologisch unwertes Leben" entsprach vielfach der bereits vorhandenen Überzeugung der beschäftigten ÄrztInnen und des Pflegepersonals.

Broschürenreihe "Neofaschismus in der Bundesrepublik" jetzt abgeschlossen

Die Bundeskommission Neofaschismus der VVN-BdA schließt mit der Broschüre "Neofaschismus und Konservatismus - Totalitarismus- und Extremismusdoktrin - Antifaschistische Politik" ihre dreiteilige Reihe "Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland" ab. Sie hofft auf ebenso rege Nachfrage wie bei den bereits vorliegenden Heften "Ideologie des Neofaschismus" und "Organisationen des Neofaschismus".

Im ersten Teil bietet Heft 3 einen gerafften Überblick über die tiefgreifenden Veränderungen der politischen und sozialen Lage, die seit der 1982er "Rechtswende" unter Helmut Kohl eingetreten sind und die erst den Boden für die heutige Ausbreitung neofaschistischen Gedankenguts bereitet haben. Durch den Bereich der "Grauzone", in dem sich konservative und neofaschistische Politik ideologisch und organisatorisch überschneiden, wird der Neofaschismus zudem konkret begünstigt. An der zunehmenden Rechtslastigkeit im Denken des esoterischen "New Age" und den aggressiven Ansprüchen auf ehemals deutsche Territorien durch die sogenannten "Landsmannschaften" wird diese Grauzone exemplarisch beleuchtet. Am Schluß dieses Teiles werden die Auswirkungen des Neofaschismus für die bundesdeutsche Gesellschaft zusammengefaßt.

Im zweiten Teil setzt sich das Heft mit der Totalitarismus- und Extremismusdoktrin auseinander, die im vergangenen Jahrzehnt durch massive staatliche Unterstützung insbesondere gegen den Antifaschismus in Stellung gebracht worden ist. Die wissenschaftliche Haltlosigkeit dieser Doktrinen wird ebenso belegt wie die personellen und organisatorischen Zusammenhänge zwischen mehr oder weniger wissenschaftlichen Einrichtungen einerseits und sogenannten "Verfassungsschutz-"Behörden andererseits. Nicht erstaunlich ist es, daß sich hinter den staatstragenden Parolen nicht selten rechte politische Gesinnung verbirgt, wie ebenfalls aufgezeigt wird. Anhand von Materialien u.a. für den Schulunterricht wird die ganze Erbärmlichkeit der Arbeit des hochbezahlten Verfassungsschutzes dargestellt.

Aufgrund ihrer politischen Vorgaben stellen die Behördenvertreter die Wirklichkeit auf den Kopf, verschweigen tatsächlich Faschismus begünstigende Faktoren und tragen nichts zur Analyse der neofaschistischen Szene bei. Statt dessen diffamieren sie antifaschistische Zusammenhänge. Nicht vergessen werden die Beiträge ehemals linker AutorInnen, die mittels verharmlosender und irreführender "Erklärungsansätze" das Gruppenbild rechtsorientierter Professoren und dreister Behördenvertreter vervollständigen.

Der dritte Teil des Heftes setzt sich mit den wesentlichen Fragen einer im engen Sinne antifaschistischen Politik auseinander. Eingangs werden die grundsätzlichen theoretischen Elemente des Antifaschismus (Aktualität des Antifaschismus, Bündnispolitik, Kapitalismuskritik) erörtert. Mit Rückgriff auf bestehende Erfahrungen wird für eine parteiunabhängige, offene, bündnisorientierte Politik plädiert, die in der Lage sein muß, Mehrheiten zu gewinnen.
Die konkreten Probleme aktueller antifaschistischer Politik werden anhand von sieben Themenkomplexen diskutiert. Die AutorInnen suchen nach pragmatischen Antworten für eine Vielzahl nicht leicht zu lösender Fragen: Um Grenzen und Möglichkeiten von Antifaschismus in den Gewerkschaften geht es im ersten Abschnitt. Im zweiten wird anhand eines Beispieles aus der sich entwickelnden Jugendarbeit der VVN-BdA die Generationenfrage gestellt. Drittens geht es um die Abwehr von Gewalt gegen AntifaschistInnen. Viertens werden die Aufgaben des Antirassismus in der Auseinandersetzung mit Neofaschismus und staatlichem Rassismus diskutiert. Fünftens thematisiert die Broschüre die Auswirkungen der bislang zu gering bedachten Geschlechterfrage auf den Antifaschismus. Noch sträflicher wird im Antifaschismus die Kulturarbeit vernachlässigt, um die es im sechsten Teil geht. Zuletzt, aber ausführlich, wird die juristische Seite des Kampfes gegen Neofaschismus beleuchtet. Zuerst wird aufgezeigt, daß es Neofaschismus, ginge es nach Buchstaben und Intention des Grundgesetzes, in der Bundesrepublik gar nicht geben dürfte. Dann geht es detailliert an verfassungs- und strafrechtliche Fragen, wie NeofaschistInnen der Prozeß zu machen ist.

Heft 3:"Neofaschismus und Konservatismus - Totalitarismus- und Extremismusdoktrin - Antifaschistische Politik"

Bezug: VVN-BdA, Rolandstraße 16, 30161 Hannover; 5,-DM, 56 Seiten

DVU will Hitler vergessen lassen

Siegfried Tittmann, seines Zeichens Bremerhavener Abgeordneter der DVU in der Bremer Bürgerschaft, will, daß ihn die Bremer so richtig kennenlernen. Er mokiert sich darüber, daß alle rumschreien oder den Saal verlassen, wenn DVUler reden.

"Wie im Kindergarten", sagt Tittmann sind die Sitzungen, so sei es schon in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung gewesen. In Bremen "haben die mich ja noch gar nicht richtig kennengelernt. Ich habe ja noch gar nicht losgelegt." Was auf Bremen zukommt erklärt er gleich hinterher. Einer der ersten Anträge der DVU ist: "EWIG BÜSSEN UND ZAHLEN WEGEN HITLER?" Damit wollten die Vasallen von Dr. Gerhard Frey lediglich "zum Nachdenken anregen."

Schließlich würden ehemalige Zwangsarbeiter seit einem halben Jahrhundert Wiedergutmachung fordern, aber keiner käme auf die Idee, von den Alliierten eine Wiedergutmachung zu fordern. Man muß den Frey-Vasallen einmal erklären, daß Nazi-Deutschland den Krieg angefangen und Leid über die Welt gebracht hat. Verantwortlich sind nicht die Polen, Tschechen oder die vielen anderen Nationen, sondern das scheinbare, große Vorbild der DVU - Nazi-Deutschland.

Herr Tittmann bestreitet, daß dieser, wie auch die anderen Anträge in München geschrieben worden sind. "Die kommen alle von mir." Wer's glaubt wird selig. Zu oft hat sich gezeigt, daß die Abgeordneten lediglich Befehlsempfänger von Frey sind, die die Gelder unverzüglich nach München zu überweisen haben.

Gerold (AG Neofaschismus)

NPD will Bremen verklagen

Im Bundesblättchen der NPD der "DEUTSCHEN STIMME" findet sich folgende Anzeige: "Schadensersatzklage gegen die Stadt Bremen - Wem durch die verbotene Demonstration am 1. Mai in Bremen Kosten entstanden sind, sendet seine jeweiligen Rechnungen bitte umgehend an die Bundesgeschäftsstelle der NPD, (...). Der NPD-Parteivorstand wird auf dieser Grundlage die Stadt Bremen auf Schadensersatz verklagen."

Worauf die Klage basieren soll, wissen wahrscheinlich nicht einmal National-"Demokraten". Der paramilitärischen Einmarsch der Neonazis war gerade noch rechtzeitig verboten worden. Unter dem Motto: "Wir schaffen Arbeit - Bonn schafft nichts!" warb die NPD im Internet für die Großdemonstration des "nationalen Widerstandes".

Gerold (AG Neofaschismus)

Der dritte Feldzug gegen Serbien

Schon am Anfang macht Ulrich Sander in seiner Broschüre "Die Bundeswehr im Kriegseinsatz - Der dritte Feldzug gegen Serbien" klar, daß das, was dem Volk erzählt wurde, nicht wahr ist. In den "Informationen für die Truppe", Nummer 4-1999, ist zu lesen:
"Die Bundeswehr ist mit ECR-Tornados des Einsatzgeschwaders 1 aus Piacenza unmittelbar beteiligt: Am 24. März, abends gegen 18.30 Uhr, beginnt die Luftoperation 'Entschlossene Kraft', die Präsident Milosevic zur Annahme des Friedensvertrages zwingen soll. Die serbische Seite antwortet mit der gewaltsamen Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo."

Uns allen klingen noch die Worte von Scharping in den Ohren. Die NATO war aus rein humanen Gründen gezwungen, Krieg gegen den bösen Herrn Milosevic zu führen, da dieser eine ethnische Säuberung durchführe. Also nicht der Krieg gegen das serbische Volk hat die Massenvertreibung ausgelöst, sondern umgekehrt, die Vertreibungen den Angriff auf die Serben. Das dies eine offensichtliche Verdrehung der Tatsachen ist, steht außer Frage.

Daß dieser Krieg gegen alle Gesetze, national wie international, verstößt, zeigt Sander klar auf. Ob es der Zwei-plus-Vier-Vetrag, der als Friedensvertrag gilt, ist, oder das Grundgesetz, laut dem kein Angriffskrieg mehr von deutschen Boden aus geführt werden darf (§26-1). UN-, EU- und NATO-Recht wurde genauso gebrochen wie die Genfer Konventionen zur Kriegführung (Splitterbomben).

Und was sagt der Bundestag bzw. der Verteidigungsausschuß zu alledem? Nichts, zu mindestens nichts Gescheites. Wie auch. Nicht der Bundestag kontrolliert den Verteidigungsausschuß, sondern umgekehrt. Wärmen sich doch dort lauter Altgediente den Hintern und diktieren den Abgeordneten wie das Ganze zu laufen hat. Als Angelika Beer, sie hat nicht gedient, Scharpings Entscheidung, die Krisenreaktionskräfte von 50.000 auf 65.000 aufzustocken, nicht gleich enthusiastisch beklatschte, gab es von dem Oberst, der ihr als Assistent zugeteilt worden war, sogleich eine verbale Maulschelle. Sie hätte die Aufstockung gefälligst als "militärisch und politisch notwendig" zu sehen.

Wer sich ernsthaft über den Kosovo-Krieg informieren will, ohne offizielle Wortspiele, kommt um diese Broschüre nicht umhin. Es ist auch zu lesen wer den Krieg wollte und warum, wer ihn nicht verhinderte, was die Neonazis damit zu tun haben, wie "schön" man Auschwitz relativieren kann und wie Kriege überhaupt entstehen.

Bezug der 40-seitigen Broschüre "Die Bundeswehr im Kriegseinsatz - Der dritte Feldzug gegen Serbien": VVN-BdA, Rolandstraße 16, 30161 Hannover (4,- DM plus Porto) oder über unser Büro.

Gerold

Friedensschule würdigt Gustav W. Heinemann

Am 23. Juli 1999 wäre Gustav W. Heinemann 100 Jahre alt geworden. Die Friedensschule im Bürgerhaus Gustav W. Heinemann hat ihr Jahresprogramm ganz auf die Würdigung dieser Persönlichkeit eingestellt. Für den 04.10.1999 war Dr. Dieter Posser eingeladen.
Der Gast war seit 1952 Mitarbeiter und Mitstreiter in der Heinemann-Kanzlei. Er wußte, wovon er sprach, so weckte er viele Erinnerungen, und Jüngere haben viel aus der Geschichte erfahren. Daß Heinemann 1950 aus dem Kabinett Adenauer austrat, weil Adenauer Soldaten für eine Europa-Armee angeboten hatte, ist bekannt. Weniger bekannt ist, daß völkerrechtliche Gründe den Austritt bewirkten. Als die Wehrpflicht 1956 trotz aller Gegenwehr eingeführt wurde, setzte Gustav Heinemann (nun in der SPD) alles ein, um die Wehrdienstverweigerung durchzusetzen.

1951 wurde ein Staatsschutzgesetz (Blitzgesetz) beschlossen, 125.000 Frauen und Männer wurden angeklagt, weil sie Unterschriften gegen die Wiederaufrüstung gesammelt hatten. Nach dem Verbot der KPD im August 1956 wurden auch der Konsum und Sportvereine als Nachfolgeorganisationen angeklagt. Gegen dieses Blitzgesetz fand Heinemann einen Ansprechpartner im ehemaligen Bundesanwalt Max Gülde.

1968 wurde das Blitzgesetz beseitigt. Da war Gustav Heinemann Justizminister und Max Gülde Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages. Es dauerte also 17 Jahre, bis so ein Unding platzte!

23 Jahre dauerte es, bis der "Radikalenerlaß" aus dem "geeinigten Deutschland" gefegt wurde. Es war (hört, hört) der Europäische Gerichtshof, der der einen Klägerin, Dorothea Vogt aus Jever, Recht gab. In einem Brief, den Gustav Heinemann einen Tag vor seinem Tode 1976 verfaßte, verurteilte er den Erlaß von 1972 als verfassungsfeindlich und undemokratisch.

Dr. Dieter Posser hätte noch lange erzählen können, mit welchem Eifer und Geduld Gustav W. Heinemann das Recht durchgesetzt hat.

N.B. Das "W" steht nicht für den Vornamen "Walter", sondern für den Geburtsnamen der Mutter.

Willy

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" und für den "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit" wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name __________

Vorname __________

Straße __________

PLZ, Ort __________

Telefon __________

Geb.-Datum __________

Beruf __________

Bremen, den __________

Unterschrift __________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Stoiber als Steigbügelhalter für rechte Ultras

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) rät der konservativen ÖVP in Österreich zu einer Koalition mit der rechts-nationalen FPÖ von Jörg Haider. Damit rief er nicht nur bei SPD, PDS, FDP und den Grünen empörte Reaktionen hervor. Auch aus den eigenen Reihen kam Kritik. Bei einem solchen Bündnis müsse natürlich die ÖVP die Führung haben, sagte Stoiber, und Haider dürfe einer Regierung nicht angehören.

Bayerns SPD-Chefin Renate Schmidt warf Stoiber vor, daß er sich *"zum Steigbügelhalter für rechte Ultras"* mache. Stoiber verwische die Grenzen zwischen konservativen Christdemokraten und den *"bisher europaweit zu recht im Abseits stehenden rechtspopulistischen Ultras ein"*, erklärte Schmidt.
Sogar Guido Westerwelle von der FDP, die sonst wenig Berührungsängste mit Rechten haben, empfindet die Empfehlung als eine *"Respektlosigkeit"*.
Selbst der eher als rechts einzustufende CDU-Chef Schäuble ging auf Distanz zu Stoibers Ratschlag. Er sagte, daß die CDU der Meinung sei, daß es besser sei, den *"Freunden von der ÖVP keine und schon gar keine öffentlichen Rat-schläge"* zu geben. Zum Haider-Erfolg äußerte er sich verhalten. Er beklagt lediglich den Anstieg der FPÖ-Stimmen.
Während die PDS den Erfolg von Haider mit Entsetzen kommentierte, da dies zeige, daß man in Österreich mit Ausländerfeindlichkeit dermaßen viele Stimmen fangen könne.
Die bayerischen Grünen erklärten, Stoiber sei *"anscheinend von allen guten Geistern verlassen"*, wenn er den *"Nationalisten und Rechtsaußen Jörg Haider hoffähig" mache. Haider stehe in einer Linie mit Politikern wie dem französischen Rechtsradikalen Jean-Marie Le Pen und den deutschen Rechtsextremen Franz Schönhuber und Gerhard Frey, dem Vorsitzenden der DVU"* meint der Grünen-Landeschef Jerzy Montag. Haiders Motto laute *"Ausländer raus", er sei ein "bekennender Anhänger national-sozialistischer Arbeitsmoral"*.
Der allgemeine Tenor, der herauszuhören ist, ist der, daß Stoiber den Verstand verloren hat, wenigstens offenbart er wieder einmal seine wahre Gesinnung.

Gerold

Filmprogramm im November 99

Immer montags (außer dem 4. Montag jedes Monats) sind in unserem Büro 1-2 antifaschistische Filme zu sehen. In der Hauptsache sind es Dokumentarfilme zum Hitler-Faschismus, zum heutigen Faschismus mitsamt seinem schwarzbraunen Umfeld, aber auch einige Spielfilme.

Ort: Büro der VVN-BdA
Uhrzeit: 19.30 Uhr

Die Filme im November:

1.11.: - Säbel hoch fürs Vaterland - Über Burschenschaften (50 Min.)
- Wer Gewalt sät... von Brandstiftern und Biedermännern (45 Min.)

8.11.: - "Ich bin unschuldig" - eine KZ-Aufseherin geht vor Gericht (45 Min.)
- Trakehnen wieder deutsch? Rechtsextremisten auf Bauernfang

15.11.: - Rosen für den Staatsanwalt (94 Min.)

29.11.: - Der Himmel über Europa (30 Min.)
- Jorge Gomondai - Ein Tod in Dresden (60 Min.)

Da kurzfristige Änderungen möglich sind, vorher nachfragen oder einfach überraschen lassen.

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Unsere Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen
Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62 (Willy Hundertmark) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 10. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Zum letzten Mal in Bremen

Der Brotladen

Ein Theaterstück über den Kampf um Arbeit, Obdach und Brot von Bertolt Brecht, mit der Musik von Hans-Dieter Hosalla
Donnerstag, 04.01.1999, 20:00 Uhr, Schauspielhaus
Eintritt: 20 DM / 10 DM
Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger bezahlen 1 DM

Solidaritätsbasar

Der Solidaritätsbasar wird am Freitag, 26. November, um 20:00 Uhr in den Räumen der Stephani-Gemeinde, Faulenstraße 10, eröffnet und am Samstag dem 27. November von 15:00 - 18:00 Uhr fortgesetzt. Der Reinerlös aus dem Basaraufkommen soll auch diesmal wieder für Hilfsprojekte in Vietnam, Kambo-dscha, Chile, Nicaragua, Kuba, Südafrika und Namibia eingesetzt werden.

Ausstellung

Kinder vom Bullenhuser Damm

Die Ausstellung wird vom **08. Novemb[er] bis zum 20. November 99 im Kapitel 8, Domsheide 8, gezeigt.** Geöffnet ist von **Montag bis Freitag von 12:30 - 18:3[0] Uhr und Samstags von 10:00 bis 14:0[0] Uhr.** Zur **Ausstellungseröffnung am 08.11. um 18:00 Uhr** wird Henry Morgenstern aus Paris anreisen. Er ist der Cousin von Jacqueline Morgenstern, eine der ermordeten Kinder. Veranstalter ist die Vereinigung der Angehörigen und Freunde der 20 jüdischen Kinder, die am 20. April 1945 von SS-Leuten in der Hamburger Schule am Bullenhuser Damm erhängt wurden.

Geburtstage im November 1999

Marta Lehmann	01.11., 96 J.
Alma Müller	17.11., 84 J.
Elisabeth Sittig	19.11., 72 J.
Walter Franke	20.11., 73 J.
Ella Schneider	21.11., 91 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand